

Positionspapier

Familien am Limit – Familien in Thüringen während und auch nach der akuten Corona-Pandemie unterstützen

Die Corona-Pandemie begleitet uns nunmehr seit über einem Jahr. Dieses eine Jahr ist geprägt von Begriffen, die uns vorher so nie geläufig waren: Inzidenz, R-Wert oder Virusmutation. Es ist ein Jahr, in dem uns vor Augen geführt wurde, was ein gutes Leben ausmacht: Gesundheit, soziale Kontakte, Zeit füreinander, finanzielle Sicherheit und gegenseitige Unterstützung.

Dabei ist eine Gruppe besonders stark von dieser Pandemie betroffen: die Familien. So heterogen sich Familien im Freistaat zusammensetzen, so unterschiedlich sind auch ihre Situationen. Einsamkeit, Isolation, Überforderung, Erschöpfung – all diese Bilder beschreiben, wieviel die Familien seit über einem Jahr schultern. Deshalb müssen die Interessen und Bedürfnisse von Familien endlich stärker in den Blick genommen werden und Vorrang vor denen der Wirtschaft bekommen. Denn, die Pandemie hat auch bewirkt, dass die ohnehin starke Spaltung in unserer Gesellschaft noch mehr zugenommen hat. Eingeschränkte Zugänge in Kindergärten und Schulen werden sich, wenn es kein Gegensteuern gibt, auch langfristig auf die Perspektiven von Kindern und jungen Menschen in der Lebens- und Arbeitswelt auswirken. Familien, die finanziell auch vor der Krise schon kämpfen mussten, geht es jetzt oft noch schlechter. Familiäre Krisen zu bewältigen, wird ungleich schwieriger, wenn der Zugang ins Hilfesystem erschwert ist. Kurzum: Diejenigen, die der Sozialstaat besonders schützen sollte, die dringend auf unsere Hilfe angewiesen sind, erreicht unsere Hilfe zurzeit nur bedingt.

Hinzu kommt, dass diese Pandemie langfristig wirken wird. Deswegen ist auch eine Auseinandersetzung mit den Folgen der Pandemie für Familien, Frauen und Kinder und Jugendliche unumgänglich.

Als ersten Schritt hat die Thüringer SPD dafür im März 2021 einen **Familiengipfel** durchgeführt und die Vertreter:innen der verschiedenen Interessenverbände an einen (digitalen) Tisch gebracht. Im Ergebnis dieser und vieler weiterer Diskussionen mit Betroffenen und Expert:innen haben wir diesen landespolitischen Maßnahmenplan erarbeitet. Viele weitergehende Maßnahmen, wie die Erhöhung der Kinderkrankentage, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes oder ein zusätzlicher Kinderbonus, fallen in die Verantwortung des Bundes. Als politische Akteur:innen sind wir es den Familien schuldig, schnell und mit konkreten Maßnahmen gegenzusteuern.

Familie in der Krise unterstützen

Die **Sichtweisen von Familien** müssen in der Pandemie besser berücksichtigt werden. Familienverbände brauchen einen verlässlichen Zugang zur Landesregierung. Nicht nur, weil es notwendig ist, um die Bedürfnisse von Familien im Blick zu haben. Es ist auch eine Form der Wertschätzung der Leistung, die Familien gerade bringen.

Kindergärten und Einrichtungen der Jugendhilfe müssen, solange es zu verantworten ist, geöffnet bleiben. Um den besonderen Schutz der Kinder bzw. Jugendlichen und der Pädagog:innen in den Einrichtungen sicherzustellen, braucht es eine Teststrategie des Landes. Das Land muss den Trägern und Einrichtungen, genauso wie den Schulen, verlässlich und kostenlos Selbsttests zur Verfügung

stellen. Es muss außerdem sichergestellt sein, dass alle Kinder dauerhaft einen Zugang zu Kinderbetreuung haben. Auch in den Zeiten von geschlossenen Einrichtungen und Notbetreuung brauchen Kinder ein Angebot ihres Kindergartens. Es braucht mehr Kreativität, wie eine Betreuung auch unabhängig vom Regelbetrieb aussehen kann, z.B. durch die Nutzung anderer Räume, wie Museen, Bibliotheken und Sportstätten, die derzeit nicht genutzt werden.

Angebote der Familienerholung und Familienbildung müssen ab Sommer möglich sein. Damit sich Vereine und Träger darauf vorbereiten können, unter welchen Rahmenbedingungen sie Freizeitangebote für Familien anbieten können brauchen sie eine längerfristige Perspektive. Außerdem muss sichergestellt werden, dass diese Angebote auch Familien in finanziell weniger privilegierten Lagen genutzt werden können. Die Regelungen zur pauschalen Finanzierung der Angebote muss dahingehend überprüft werden, ob sie diesem Anspruch gerecht wird.

Beratungsangebote für Familien haben, aufgrund der veränderten Lage in der Pandemie, eine besondere Bedeutung. Sie sind wichtige Anlaufstellen für Familien in Krisen. Der Zugang zu Familien ist in der Pandemie aber ungleich schwerer geworden, da viele niedrigschwellige Angebote zurzeit nicht umgesetzt werden können.

Die Umsetzung **FamilienApp** und der Familienkarte muss schnellstmöglich mit den Trägern erfolgen, damit die Angebote für Familien nach Ende des Lockdowns von Familien genutzt werden können.

Bedürfnisse von Senior:innen ernst nehmen

Wir wollen die besonders gefährdete Gruppe unserer älteren Mitbürger:innen schützen. Dieser Schutz darf im Umkehrschluss aber nicht bedeuten, dass Menschen ihre Selbstbestimmung verlieren. Die Mündigkeit der Senior:innen muss wieder als das wahrgenommen werden, was es zu sein hat: ein **Recht auf Selbstbestimmung**.

Geimpfte Senior:innen muss schnellstmöglich wieder im größeren Rahmen Besuchskontakte zugelassen werden. Die sozialen Kontakte zu Angehörigen, Familie und Freund:innen sind im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten, insbesondere derjenigen, die in stationären Pflegeeinrichtungen Zuhause sind, lebensnotwendig. Ebenso müssen die Einrichtungen der Tagespflege unverzüglich unter strengen Hygiene- und Schutzmaßnahmen öffnen. Hierbei geht es gleichermaßen um das Wohlbefinden der Tagesgäste als auch um die dringend notwendige Möglichkeit einer Pause für pflegende Angehörige.

Es braucht zudem klare Vorgaben des Landes zum Umgang mit Senior:innen aus Pflegeeinrichtungen, die sich während eines Aufenthalts im Krankenhaus mit dem Coronavirus infiziert haben sowie zu infizierten pflegenden Angehörigen und gegebenenfalls inwieweit deren pflegende Tätigkeit kurzfristig aufgefangen werden kann.

Zudem fordern wir eine **Studie zur Situation der älteren Menschen und der Pflege** während der Corona-Pandemie. Mit der Sammlung dieses empirischen Wissens muss jetzt begonnen werden. Hieraus können wir dann Maßnahmen ableiten, die sich zum Beispiel mit den Themen: Bewegungsförderung bei älteren Menschen, der Pflegesituation an sich, wie Anzahl der Pflegekräfte, Anzahl der pflegenden Angehörigen, Anzahl der erwerbstätigen pflegenden Angehörigen und auch der Situation von sich in Quarantäne befindenden Familien und Pflegediensten beschäftigen.

Jungen Menschen Perspektiven bieten

Im Bereich der **Jugendarbeit** müssen die bestehenden und vor der Pandemie gut funktionierenden Strukturen auch weiterhin gesichert werden. Deshalb darf es **keine finanziellen Kürzungen** im Jugendbereich, auch bei zeitweise eingeschränkten Angeboten, geben. Dafür müssen Land und Kommunen jetzt geeignete Instrumente finden.

Angebote müssen vor allem dort für Jugendliche physisch **erreichbar sein**, damit Jugendliche Ansprechpartner:innen für Sorgen und Nöte außerhalb ihres Elternhauses bzw. ein

Unterstützungssystem vorfinden. Die Offene Jugendarbeit ist ein solch elementarer Bestandteil für das Leben Jugendlicher. Unter den gängigen Schutz- und Hygienekonzepten muss sie offen bleiben bzw. öffnen und deren Pädagog:innen und Personal sind hinsichtlich der Impfpriorisierung gleichwertig den Lehrer:innen zu behandeln. Des Weiteren müssen auch in der Jugendarbeit tätige Ehrenamtliche gleichwertig in das Testsystem und die Impfstrategie des Landes mit einbezogen werden. Die Notwendigkeit **digitaler Formate** wird jedoch auch in Zukunft bestehen bleiben und muss daher auch in Bereich der Jugendarbeit ausgebaut werden. Deshalb muss es adäquate Weiterbildungskonzepte zur digitalen Jugendarbeit geben.

Damit ein digitaler Austausch mit und zwischen Jugendlichen überhaupt erst stattfinden kann, muss jede:r Jugendliche auch die technischen Voraussetzungen dafür besitzen. Wir fordern daher eine volle Technikausstattung für Jugendliche, die in HartzIV-Bezügen leben.

Für Jugendliche, die im Übergang zum Arbeitsleben oder einer weiteren Beschäftigung stehen braucht es **digitale und personalisierte Formate der Berufsberatung**, damit diese ihren Lebensweg individuell und umfassend informiert bestreiten können. Damit weiterhin und gut ausgebildet wird, muss der Staat finanzielle Anreize für Ausbildungsplätze und Ausbildungslotsen setzen.

Im Zuge der Krise sind Pausen für Familien und Jugendlichen von unsagbarer Bedeutung. Neben einer zügigen Umsetzung der Familienkarte fordern wir deshalb, dass die **Ferienfreizeiten** zum Beginn des Sommers unter klaren Hygiene- und Schutzmaßnahmen öffnen können.

Gute Schule – auch in der Pandemie

Die Anforderungen an Schule, an Schüler:innen, an Eltern, an Lehrkräfte sind in der Pandemie größer geworden. Sich verändernde Rahmenbedingungen und Anforderungen müssen vor allem von denen umgesetzt werden, die jeden Tag dafür sorgen, dass es gute Schule in Thüringen gibt. Das Land muss alle Möglichkeiten nutzen, um die Pädagog:innen und Schüler:innen bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Während der Pandemie müssen wir außerdem umso mehr dafür Sorge tragen, dass durch Hygienemaßnahmen, Testungen und Impfungen Schule auch ein sicherer Ort ist.

Schulen brauchen mehr **Hilfestellung bei der Umsetzung von digitalem Unterricht**, u.a. durch eine möglichst einheitliche und flächendeckende Ausstattung der Schüler:innen und der Pädagog:innen mit digitalen Endgeräten, durch einheitliche Standards für die medientechnische Ausrüstung in den Klassen- und Fachräumen der unterschiedlichen Schularten, durch Verankerung des digitalen Lehrens und Lernens als fachübergreifender Schwerpunkt in der Lehrer:innenausbildung, aber auch durch Fort- und Weiterbildungsangebote für qualitativ guten Unterricht mit digitalen Mitteln.

Es braucht eine **verlässliche und transparente Teststrategie** für Pädagog:innen und Schüler:innen an allen Schulformen. Außerdem müssen auch die Pädagog:innen an weiterführenden Schulen in der Impfpriorität höher gestuft werden.

Außerschulische Lernorte müssen stärker als bislang für das schulische Lernen genutzt werden. Mehrgenerationenhäuser, Bildungsstätten, Museen sind bisher nur eingeschränkt geöffnet. Um die Umsetzung von Hygienemaßnahmen und den steigenden Raumbedarf schulischer Bildung zu realisieren, könnten diese Orte genutzt werden. Außerdem sollen Pädagog:innen aus dem außerschulischen Bereich verstärkt zur Unterstützung eingesetzt werden, zum Beispiel um Lernrückstände aufzuholen und mehr individuelle Förderung zu ermöglichen.

Für Schüler:innen ist die Belastung derzeit ebenfalls enorm. Der Leistungsdruck ist durch die langen Phasen von Wechsel- und Distanzunterricht höher geworden. Die **Wiederholung eines Schuljahres** ist auch darum häufig kein leichter Schritt. Hierbei müssen Schüler:innen und Eltern besser unterstützt werden.

Damit dieses Schuljahr zu einem geregelten Ende geführt werden kann, bei dem die **Vergabe von regulären Zeugnissen und das Absolvieren von Prüfungen** möglich ist, muss so viel Unterricht wie

möglich stattfinden. Präsenzunterricht ist dabei die Vorzugsvariante, unter Corona-Bedingungen selbst unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen und bei regelmäßiger Durchführung von Schnelltests allerdings nur schwer zu realisieren. Damit alle Schüler:innen zumindest zeitweise Präsenzunterricht wahrnehmen können, muss es einen geregelten Wechsel zwischen klar definierten Phasen des Präsenzunterrichts und ebenso klar definierten Zeiträumen des digital gestützten Homeschoolings geben.

Ebenso unerlässlich ist es, dass die von den Schüler:innen in den Phasen des Distanzunterrichts erbrachten Leistungen bewertet werden. Es kann nicht sein, dass Zeugnisnoten und damit oftmals auch Versetzungsentscheidungen lediglich auf Bewertungen beruhen, die in den kurzen Phasen des Präsenzunterrichts vor einem Lock-down vorgenommen worden sind und daher eher einer Benotung nach dem Zufallsprinzip als einer **fairen Notengebung** über einen längeren Zeitraum gleichen.